

beitsausschuß hält es daher für dringend notwendig, daß die gesamte Gärtnerwelt zu dieser ihre eigensten Interessen berührenden Angelegenheit unverzüglich Stellung nimmt und sich eine Einwirkung auf die Gestaltung dieser Vertretung sichert. Der Arbeitsausschuß der R. D. G. beauftragt daher den „engeren Vorstand“, sofort die nötigen Schritte einzuleiten, um spätestens im Februar eine **machtvolle Kundgebung** für die Errichtung von Gartenbaukammern zu veranstalten. Gleichzeitig wird empfohlen, diese Kundgebung unmittelbar vor oder im Anschluß an die Hauptversammlung des „Verbandes deutscher Gartenbaubetriebe“ am 20. Februar 1920 abzuhalten. Der Arbeitsausschuß hält aber auch weiterhin die Abhaltung eines „Gärtnertages“ im Sommer 1920 ebenfalls für notwendig. Die außerordentliche Bedeutung des Gartenbaues für die gesamte Volkswirtschaft und -ernährung werde von Tag zu Tag mehr anerkannt; aber gerade deswegen sei es erforderlich, daß der Gesamtberuf in weitester Öffentlichkeit in die Erscheinung trete. Als Ort für den nächstjährigen „Gärtnertag“ wird Eisenach gewählt. Herr Lorgus erklärt sich gern bereit, die erforderlichen Vorarbeiten im engsten Einvernehmen mit der Geschäftsstelle zu leisten. Da die geplanten Kundgebungen um so wirkungsvoller sein werden, je mehr sie den Charakter unparteiischer Veranstaltungen wahren, richtet der Arbeitsausschuß an das Präsidium der „Deutschen Gartenbau-Gesellschaft“ die herzliche Bitte, die Weiterführung der Geschäfte des Reichsverbandes durch ihr Generalsekretariat gutzubeißen. Das Präsidium der „Deutschen Gartenbau-Gesellschaft“ hat die Weiterführung der Geschäfte des Reichsverbandes durch ihr Generalsekretariat genehmigt. Gleichzeitig wird der Vorstand des Reichsverbandes ermächtigt, die notwendigen Mittel zur Einstellung der erforderlichen Hilfskräfte der „Deutschen Gartenbau-Gesellschaft“ zu überweisen. Den angeschlossenen Vereinen soll von diesen wichtigen Beschlüssen mit der Bitte Kenntnis gegeben werden, die Beiträge für das Jahr 1920 bis zum 31. Januar 1920 an den Schatzmeister einzusenden.“ Von Herrn Hanisch (Breslau) ist der Antrag eingegangen, für den im Werden begriffenen Ausbau der gesetzlichen gärtnerischen Organisation Unterlagen zu schaffen, Wünsche und Anregungen aus den gärtnerischen Verbänden zu sammeln, zu sichten und die gesetzgebenden Stellen sachverständig zu beraten. Der Vorstand wird beauftragt, geeignete Persönlichkeiten aus Fachkreisen zur Mitarbeit im Sinne dieses Antrages zu berufen.

3. Ueber die soziale Kriegsfürsorge teilt Herr Braun mit, daß diese auf Grund einer Verordnung unter Mitwirkung der Einzelstaaten und der Selbstverwaltungskörperschaften nunmehr vom Reiche übernommen worden sei. Beim Reichs-Arbeitsministerium sei ein Ausschuß der Kriegsbeschädigten- und Kriegshinterbliebenenfürsorge errichtet, in den jetzt auch Vertreter von Vereinigungen der Kriegsbeschädigten zur Mitarbeit berufen seien. Damit sei einem alten Wunsch der Kriegsbeschädigten Rechnung getragen. Die „Fürsorgestelle für kriegsbeschädigte Gärtner“ habe sich laufend bei Berufsberatungen und Unterbringung Schwerbeschädigter in andere Berufe betätigten können. Die Anregungen, welche Herr Hülser im Auftrage des „Deutschen (nationalen) Gärtnerverbandes“ zur Fürsorge für kriegsbeschädigte Gärtner nach dem Kriege eingereicht habe, seien an die zuständigen Stellen weitergegeben und bei der Aufstellung der endgültigen Richtlinien berücksichtigt worden. Die „Deutsche Gartenbau-Gesellschaft“ habe wiederholt aus ihrer „Kaiser-Wilhelm- und Augusta-Jubelstiftung“ schwerbeschädigten Gärtnern Unterstützungen, und unbemittelten Kriegsteilnehmern Stipendien für den Besuch höherer Gärtner Schulen zuweisen können. Herr Seidel (Laubegast) teilt mit, daß auch die gärtnerischen Organisationen in Sachsen die erforderlichen Mittel aufgebracht hätten, um kriegsbeschädigten Gärtnern ihr schweres Los zu erleichtern und 80 jüngeren Gärtnern eine weitere fachliche Ausbildung zu ermöglichen.

4. Die beantragten Eingaben an die preußische Regierung und die anderen Gliedstaaten, betreffend die Erhaltung ehemalsiger Hofgärtnereien, sind unter dem 24. Januar 1919 zur Versendung gelangt. Dem Antrag Dr. Wächters, der Reichsverband möge dahin wirken, daß eine geeignete ehemalige Hofgärtnerei zu einem Forschungsinstitut für gärtnerische Botanik ausgestaltet werde, soll nach Möglichkeit eine Förderung zuteil werden. Diese Angelegenheit ist in Verbindung mit der Frage zu behandeln, welche gärtnerischen Betriebe zu Lehrzwecken ausgebaut werden sollen. Ferner ist auf die Tagesordnung der Februar-Kundgebung die

Gründung eines solchen Forschungsinstitutes zu setzen. 5. Frau Schuller aus Klotzsche bei Dresden bittet um Gehör, um Anregung für die Durchführung eines alljährlich wiederkehrenden Blumen-Gedenktages für die Gefallenen geben zu dürfen; ihrem Wunsch wird entsprochen und Frau Schuller entwickelt ihr Programm. Nach Anhörung und Aussprache wird Frau Schuller empfohlen, ihre Pläne für den Blumengedenktag in kurzer und übersichtlicher Form bei der Geschäftsstelle des Reichsverbandes in 30 Exemplaren einzureichen. Von hier aus würde dann die Weiterleitung an die angeschlossenen Vereine erfolgen, damit diese zu der Anregung selbst Stellung nehmen können. 6. Von Herrn Karl Ranke (Frankfurt a. M.) ist mitgeteilt worden, daß auf Grund von Vereinbarungen zwischen der Direktion der Gärtnerlehranstalt Köstritz und dem „Verband ehemaliger Köstritzer“ in Zukunft ein Kuratorium die Geschicke der Lehranstalt mitleiten soll. Der Reichsverband ist gebeten, einen Gärtnerereibesitzer namhaft zu machen, der als Mitglied des Kuratoriums mitzuwirken bereit sei. Der Ausschuß beschließt, Herrn Gärtnerereibesitzer Kliem (Gotha) in Vorschlag zu bringen. 7. Vom preußischen Landesökonomikollegium liegt ein Schreiben vor, nach welchem die löbliche Absicht besteht, sich von nun an über sämtliche vorhandenen gärtnerischen Organisationen auf das genaueste zu unterrichten, damit sie in weitestem Maße je nach ihrer besonderen Eignung zur Mitarbeit herangezogen werden können. Zu diesem Zweck wird um genaue Ausfüllung von Fragebogen gebeten. Der Arbeits-Ausschuß begrüßt diese Wendung mit Freuden und ermächtigt die Geschäftsstelle, jede gewünschte Auskunft zu erteilen. 8. Der Schatzmeister Braun gibt für den Kassenbestand folgendes bekannt: Bestand am Jahresschluß 1918 2665.34 M., Einnahme bis 26. Nov. 1919 2546.90 M., Bestand 5212.24 M., Ausgaben bis 26. Nov. 1919 3024.94 M., Soll 2187.30 M. Zu Kassenprüfern nach Abschluß der Jahresrechnung 1919 werden die Herren Busch und Weiß ernannt. 9. Der Ausschuß beschließt, in eine Ergänzungswahl des engeren Vorstandes einzutreten. Als Beisitzer werden die Herren Albrecht und Bernstiel gewählt; beide nehmen die Wahl dankend an. S. Braun.

Handelsnachrichten

Vom Tabakmarkt. Aus Mannheim wird uns geschrieben: Die Verhältnisse am Tabakmarkt haben insofern eine Aenderung erfahren, als im besetzten linksrheinischen Gebiet der inländische Tabak nunmehr freihändig gehandelt werden kann. Dies hatte einen nicht unwesentlichen Preisrückgang zur Folge. Die Abnehmer waren bei ihren Eindeckungen allgemein zurückhaltend. Dies liegt wohl auch daran, daß der Weltmarkt im Tabakverkehr entschieden matter geworden ist, und neuerdings die Preise der Auslandswaren weiter abbröckelten. Für rheinpfälzische Tabake wurden zuletzt nur noch etwa 800—950 M. für den Zentner neuen Tabak geboten. Die Sandblätter von den aus der Südpfalz geernteten Pflanzen werden jetzt allmählich zur Verwiegung kommen. Die hierfür erzielten Preise bewegten sich bis zu 1200 M. für 50 Kilo. Der Markt für alte inländische Tabake, Rohware, hatte keinen besonders lebhaften Verkehr aufzuweisen, und ähnlich gestalten sich auch diesmal die Verhältnisse in Ersatztabaken. In neuerer Zeit werden Strunktabake aus der letztjährigen Ernte nicht mehr so häufig verlangt, weil jetzt allgemein das Interesse für reine Rauchtabelle zugenommen hat. Die badischen Tabakpflanzer schätzen ihre letztjährige Ernte aus ganz Baden auf nur 5538579 Kilogramm, gegen 7107723 Kilogramm im Jahre 1918. Vielen Verarbeitern fällt es daher schwer, sich die nötigen Tabake aus den letzten Ernten des Inlands zu beschaffen. Geeignete Umblattabake sind aus den Ergebnissen kaum noch zu erhalten. Die Ablieferung der 1919er Tabake ist immer noch nicht im Gange, weshalb die Empfangnahme bei den Vergärerfirmen ruht.

Geschäftsnachrichten.

Tiengen bei Waldshut. Amalie Blum eröffnete beim Oberen Stadtbrunnen ein Blumenbindeschäft.

Waldeck bei Lauban. Karl Böse hat sich hier als Gärtner niedergelassen.

Nachdruck, auch im Auszuge, nur mit vollständiger Quellenangabe gestattet.

Zur gefälligen Beachtung!

Mit Rücksicht auf die Papierknappheit werden wir auch in diesem Jahre von Zustellung besonderer Rechnungen, die Bezugsgebühr betr., absehen. Die Gebühr beträgt pro 1920 für Deutschland nur M. 7.—, für das Ausland M. 12.— und ist am 1. Januar fällig geworden. Wir richten an unsere geschätzten Abonnenten die ergebene Bitte, für möglichst baldige Einsendung des kleinen Betrages sorgen zu wollen, **sofern nicht ein späterer Zahlungstermin ausdrücklich vereinbart wurde.** Bis Ende Januar nicht eingegangene Beträge werden durch Nachnahme erhoben. Zwecks Portosparnis empfiehlt sich Einzahlung auf unser Postscheckkonto (Thalacker & Schwarz, Leipzig, Nr. 9208). Auch bitten wir die Nachtragsbezugsgebühr für IV/1919 (25 Pf.) miteinzusenden, damit Einziehung dieses kleinen Betrages unter Nachnahme vermieden wird.

Leipzig, im Januar 1920.

Verlag und Schriftleitung von „Der Handelsgärtner“.